



Österreichischer
Städtebund

Rathaus, 1082 Wien

Telefon +43 (0)1 4000 89980
Fax +43 (0)1 4000 7135
post@staedtebund.gv.at
www.staedtebund.gv.at

DVR 0656097 | ZVR 776697963

Unser Zeichen:
220/1330/2012

bearbeitet von:
Mag. a (FH) Aksakalli/ Klappe: 89975

elektronisch erreichbar:
sevim.aksakalli@staedtebund.gv.at

Stellungnahme

An das
Bundesministerium für
Unterricht, Kunst und Kultur
Minoritenplatz 5
1014 Wien

per E-Mail:
begutachtungen@bmukk.gv.at

Wien, am 21. Dezember 2012
**Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem
das Schulorganisationsgesetz, das
Berufsausbildungsgesetz, das
Schulpflichtgesetz und das
Bundesgesetz betreffend die Grundsätze
für land- und forstwirtschaftliche
Berufsschulen geändert werden
(Facharbeiter-Ausbildungsinitiative -
Gesetz 2013); Begutachtungs- und
Konsultationsverfahren**

Sehr geehrte Damen und Herren!

Bezugnehmend auf Ihr Schreiben vom 9. November 2012 gibt der
Österreichische Städtebund zum Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das
Schulorganisationsgesetz, das Schulpflichtgesetz und das Bundesgesetz
betreffend die Grundsätze für land- und forstwirtschaftliche Berufsschulen
geändert werden, nach Begutachtung und Prüfung folgende Stellungnahme ab:

Die Unterstützung durch das Arbeitsmarktservice für die Absolvierung von Lehrberufen wird aus arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkten grundsätzlich begrüßt.

Allerdings sollte die Finanzierung dieser Maßnahmen folglich auch durch das Arbeitsmarktservice erfolgen und nicht über den Berufsschulfondsbeitrag wieder die Kommunen, die sich ohnehin bereits in einer sehr angespannten Finanzsituation befinden, belasten.

Der Österreichische Städtebund ersucht, die Anregungen in die gegenständliche Novelle einfließen zu lassen.

Mit freundlichen Grüßen



OSR Dr. Thomas Weninger, MLS
Generalsekretär